Abendausgabe

Nr. 590 ♦ 40. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 297

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

70 Milliarden M.

Dienstag
18. Dezember 1923

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Der amerikanische Anleiheplan.

Washington, 18. Dezember. (TU.) Die amerikanische Regierung hat, wie der „New York Herald" mitteilt, jetzt Schritte unternommen, um mit Hilfe der amerikanischen Bankwelt eine Anleihe zugunsten Deutschlands vorzubereiten, die an Großzügigkeit alle bisherigen Finanzoperationen weit hinter sich lassen soll. Voraussetzung für ihr Zustandekommen ist jedoch, daß die Arbeiten der beiden Sachverständigenausschüsse der Reparationskommission von Erfolg gekrönt seien. — In amerikanischen Finanzkreisen wird die erwähnte Anleihe unter der Bezeichnung „Rehabilitation loan" angeführt. Man erwartet, daß andere Länder, vor allem Großbritannien, sich an der Zeichnung der Anleihe beteiligen werden, doch soll sie in der Hauptsache in den Vereinigten Staaten selbst aufgebracht werden.

Paris, 18. Dezember. (Eca.) Wie der „Petit Parisien" mitteilt, wird die Reparationskommission sich Mittwoch nachmittag mit dem deutschen Antrag über die Zulassung eines Nahrungsmittelkredites in den Vereinigten Staaten befassen; es sei als ziemlich sicher anzunehmen, daß der deutsche Antrag auf die Opposition der französischen und belgischen Delegierten stoßen wird. Deutschland besitze im Auslande bedeutende Guthaben, die als Garantien dienen könnten, wenn es einen Nahrungsmittelkredit aufnehmen wolle, ohne daß es notwendig sei, die Priorität zugunsten der Reparationen aus den Einnahmequellen des deutschen Staates anzutasten.

Washington, 18. Dezember. (WTB.) Logan teilte dem Staatsdepartement offiziell mit, daß General Dawes und der Finanzmann Owen Young zu Mitgliedern des Sachverständigenausschusses für die Prüfung des deutschen Budgets gewählt wurden. Ein weiterer Amerikaner werde für den Ausschuß zur Untersuchung der Ausfuhr deutschen Kapitals ernannt werden. Alle drei werden in privater Eigenschaft und nicht als Vertreter der Regierung tätig sein.

Die belgische Antwortnote.

Brüssel, 18. Dezember. (TU.) Wie die Belgische Telegraphenagentur mitteilt, hat die belgische Antwort, die Herrn Rüdiger überreicht wurde, folgenden Inhalt:

Die belgische Regierung erklärt sich heute nach dem Ende des passiven Widerstandes bereit, mit der deutschen Regierung über die Fragen, die sie auf diplomatischem Wege zu unterbreiten gedenke, in Verhandlungen einzutreten. Der deutschen Regierung steht es zu, gegebenenfalls konkrete Vorschläge zu machen, die Gegenstand einer zweckmäßigen Untersuchung oder auch einer eventuellen Erörterung bilden können. Die belgische Regierung glaubt indessen die Aufmerksamkeit des Berliner Kabinetts darauf lenken zu müssen, daß sie bei der Prüfung der ihr unterbreiteten Vorschläge die Absicht hat, sich mit den anderen verbündeten Regierungen, für die das Problem von Interesse sein könnte, ins Benehmen zu setzen. Sie müsse gleichfalls betonen, daß der Versailler Vertrag respektiert werden muß, namentlich mit Hinblick auf das Reparationsproblem, mit dem die Reparationskommission befaßt wurde, um so mehr, da diese soeben zwei Sachverständigenausschüsse eingesetzt hat und sie ferner die Prüfung der Sachverständigenarbeiten vornehmen muß. Schließlich betont die belgische Regierung, daß die Befugnisse der zuständigen alliierten Behörden an der Ruhr und im Rheinlande beachtet werden müssen. Von dem Wunsche, die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens im unbesetzten Gebiet sowie die Regelung der administrativen Fragen und die Verlängerung der mit den Industriellen abgeschlossenen Verträge zu beschleunigen, nimmt die belgische Regierung Kenntnis, ferner, daß die deutsche Regierung nicht wünscht, sich ihrer Verpflichtungen zu entziehen und die Absicht hat, in dieser Beziehung eine Verständigung herbeizuführen. Die Gelegenheit dient dazu, die deutsche Regierung noch einmal auf die besondere Wichtigkeit einer regelmäßigen Tätigkeit der interalliierten Kontrollkommission aufmerksam zu machen und zu versichern, daß das Reich, solange die Verbündeten über diese Punkte nicht Genugtuung erlangen, nicht behauptet werden kann, die Verpflichtungen des Versailler Vertrages loyal auszuführen. Ohne Zweifel würde die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Kontrollkommission im Einverständnis mit den deutschen Behörden das nötige Vertrauen wiederherstellen.

„Unnütze Dinge."

Französische Kritik an Stresemann.

Paris, 18. Dezember. (EP.) Der „Temps" schreibt zu der gestrigen Erklärung Stresemanns, daß dieser zum mindesten unnütze Dinge gesagt habe. Er habe eine große Unvorsichtigkeit begangen, indem er die Legalität der Ruhrbesetzung aufgeworfen habe, d. h. eine prinzipielle Frage, die zu berühren Poincaré sich gehütet habe. Wohl um zu beweisen, daß ein Unglück nie allein komme, habe er auch noch die Frage der Militärkontrolle aufgeworfen. Kein Unparteiischer werde ihm glauben, daß die Gefahr für die Kontrolloffiziere so groß sei, daß die ganze Macht der deutschen Regierung, besonders unter der Herrschaft des Ausnahmezustandes, nicht imstande sein werde, die Kontrolleure zu beschützen. Aus der Rede Stresemanns sei nur ein Satz herauszulesen, nämlich, daß sich die deutsche Regierung der Wiederaufnahme der militärischen Kontrolle entgegensetze. Dadurch werde alles Mißtrauen gerechtfertigt und alle Verhandlungen kompromittiert. Nach dieser Rede könne man die Rheinland- und Ruhrfrage nur noch melancholisch betrachten. Wenn die deutsche Regierung wirklich der Bevölkerung der besetzten Gebiete einen Dienst erweisen wollte, so sollte sie zunächst darauf bedacht sein, die deutsche Währung zu stabilisieren und die deutschen Finanzen zu restaurieren. Bei dieser grundlegenden Arbeit könnten die Alliierten Deutschland helfen.

Keine Umbildung der englischen Regierung.

London, 18. Dezember. (WTB.) Dem Parlamentsberichterstatter des „Daily Telegraph" zufolge, hat Baldwin für heute einen Kabinettsrat nach Downing Street einberufen. Der Premierminister sei zu dem Schluß gekommen, daß es in Anbetracht aller Umstände nicht wünschenswert sei, irgendeine Umbildung der Regierung vorzunehmen, bevor das Parlament zusammentrete. Liberale Politiker seien der Ansicht, daß Asquith vielleicht in drei oder vier Monaten ersucht werden würde, eine Regierung zu bilden.

Der Botschafterposten in Paris.

Die deutsche Reichsregierung hat, wie wir hören, schon zu Anfang des Monats September der französischen Regierung Vorschläge über die Wiederbesetzung des Pariser Botschafterpostens gemacht, aber bisher keine Antwort auf sie erhalten. Der Wunsch nach Wiederbesetzung dieses Postens war seitdem oft in der französischen Presse geäußert worden; es würde demnach nicht an der deutschen Regierung liegen, wenn er bisher keine Erfüllung gefunden hat.

Gefährdung der Beamtenzahlungen?

Unter dieser Ueberschrift brachte die letzte Nachtausgabe des „Tag" die Mitteilung, am 1. Januar 1924 könnte den Beamten nicht das volle Monatsgehalt gezahlt werden, und es werde „ernsthaft im Reichsfinanzministerium bereits der Plan erwogen, am 1. Januar die zur Verfügung stehenden Mittel, die sich übrigens im Augenblick noch nicht ganz übersehen ließen, so zu verwenden, daß nach Möglichkeit allen Beamten bis einschl. Gruppe VII ein volles Monatsgehalt gezahlt werde, und daß die Beamten der Gruppen VIII bis XIII und die Empfänger der Einzelgehälter sich zunächst mit einem Monatsgehalt in Höhe der Bezüge der Gruppe VII begnügten." Diese Nachricht ist, wie WTB. versichert, vollständig aus der Luft gegriffen. Ob es möglich sein wird, am 1. Januar bzw. 31. Dezember die Beamtengehälter für einen vollen Monat zu zahlen, wenn nicht, welcher Teilbetrag sofort gezahlt werden wird, steht heute noch in keiner Weise fest.

Die Steuerverordnungen.

Beschlüsse des Fünfzehner-Ausschusses.

Im Fünfzehner-Ausschuß des Reichstages wurde zunächst die Beratung über die Einkommens- und Körperschaftssteuern 1923 und 1924 (Art. 1 der zweiten Steuernotverordnung) abgeschlossen. Hierbei wurde ein Antrag angenommen, worin der Regierung empfohlen wurde, in dem § 33, der die Vorbereitung der Veranlagung für die landwirtschaftlichen Betriebe behandelt, einen Satz zu streichen, gemäß dem noch Bestimmungen über die Berücksichtigung des vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschafts- (Geschäfts-) Jahres der abschließenden Regelung vorbehalten bleiben sollten. Der Ausschuß wandte sich hierauf den die Vermögenssteuer behandelnden Artikeln II zu. Hierbei wurde der Regierung empfohlen, für die Wertermittelung bei Grundstücken nicht vom Vorkriegswert auszugehen, sondern vom Wehrbeitragswert, der entsprechend den heutigen Verhältnissen berichtigt werden soll. Weiter entschied sich der Ausschuß dahin, es möge eine Vermögenssteuer bei Personen, die über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig sind, nicht erhoben werden, wenn das gesamte abgerundete versteuerbare Vermögen (nach § 7 Abs. 2) den Betrag von 20 000 Goldmark (statt in der Vorlage 15 000 Goldmark) nicht übersteigt. Damit war auch die Vermögenssteuer vom Ausschuß durchgearbeitet. Es folgte die Beratung der Erbschaftssteuer und der Umsatzsteuer.

(Vergleiche dritte Seite.)

Französische Zollstationen im Ruhrgebiet.

Köln, 18. Dezember. (WTB.) Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung" aus Gelsenkirchen werden durch einen Befehl des Kommandierenden Generals, um das Funktionieren des Wirtschaftslebens zu erleichtern, Zollbureaus in nachstehenden Orten eingerichtet: Oberhausen, Dorsten, Recklinghausen, Lünen, Dortmund, Witten, Steele, Bochum, Essen und Düsseldorf. Diese Bureaus bearbeiten in der Hauptsache Zollangelegenheiten und die Vereinnahmung von Gebühren für die Versendung von Gütern usw.

Amtliche Kurse unverändert.

Die Kursbewegung der Mark im Auslande vollzieht sich in ruhigen Bahnen. Die Marknotierungen entsprechen ziemlich genau den Berliner Devisenkursen.

In Anbetracht dieser Sachlage rechnet man weiter mit ziemlich stabilen Mark- und Devisenkursen. Infolgedessen hat sich weiter Kreise die Auffassung bemächtigt, daß es jetzt zwecklos sei, große Kapitalien in ausländischen Zahlungsmitteln unproduktiv liegen zu lassen. Man stößt diese ab und legt die Gelder entweder im eigenen Betrieb oder in Effekten an.

Dieser Umstellungsprozeß, der schon der gestrigen Börse das Gepräge gab, dauert offenbar noch an. Allerdings zeigt sich das Bestreben, die Devisen von Hand zu Hand zu handeln. Heute waren Devisen auf der Basis des amtlichen Kurses eher angeboten. Die Nachfrage im amtlichen Verkehr war nicht besonders groß. Die amtlichen Notierungen blieben unverändert.

Abbau des Gesundheitswesens?

Von Dr. med. Alfred Beyer, M. d. L.

Soll das öffentliche Gesundheitswesen abgebaut werden? Diese Frage stellen, heißt sie verneinen. Reich und Länder stehen vor dem Zusammenbruch. Mit ihnen ist die große Masse des Volkes verelendet. Es muß daher gespart, die Ausgaben müssen beschränkt werden. Mit vollem Recht wird in der Presse und in der großen Oeffentlichkeit als das deutlichste Zeichen furchtbarsten Elends immer wieder die Tatsache unterstrichen, daß sich weite Kreise unseres Volkes nicht einmal mehr die Konsultation eines Arztes gestatten können. Diese Tatsache aber legt der Regierung und den Parlamenten die heilige Pflicht auf, alles zu tun, um vorbeugend dem Entstehen von Krankheiten entgegenzuwirken.

Reich und Länder müssen sparen und abbauen. Darüber besteht nur eine Meinung. Es kann über die Frage gestritten werden, in welchem Ausmaße die Aufwendungen zu beschränken sind und ob die einzelnen Etats gleichmäßig zu verringern sind. Daß man die Ausgaben für die öffentliche Gesundheitspflege nicht kürzen darf, muß jeder erkennen, der die Bedeutung dieses Gebietes für die Gesamtheit auch nur ahnt. Durch die Sparmaßnahmen will man den völligen Zusammenbruch verhindern und eine Wiedergesundung ermöglichen. Es ist daher sorgfältig zu prüfen, ob und welche Maßnahmen diesem Zwecke dienen können.

Auszunehmen von allen Beschränkungen und Abbaumaßnahmen ist die öffentliche Gesundheitspflege. Das Ziel und der Sinn von Sparmaßnahmen verkehrt sich in das Gegenteil, wird zum Widersinn, wenn Leistungsfähigkeit, Produktivität und Gesundheit bewußt verringert wird, weil man sich scheut, hierfür die unbedingt erforderlichen Mittel auszugeben. Wenn nicht schon heute die ganze Oeffentlichkeit gegen einen Abbau der öffentlichen Gesundheitspflege protestiert, so kommt das daher, daß die Vorbeugung und Fürsorge in ihrem unschätzbaren Wirken von der großen Masse nicht erkannt wird. Die Gesundheit wird nur von dem als das höchste Gut gepriesen, der sie verloren hat. Solange man sie besitzt, nimmt man sie als etwas Selbstverständliches. Wer Unheil verhütet, erwirbt weniger Dank als der, der im Unglück hilft. Trotzdem aber muß der Staat wie bisher alles tun, um dem Volke unsagbares Unglück fernzuhalten. Dies um so mehr, als dazu bisher kleinste, allerkleinste öffentliche Mittel ausreichten. Die öffentliche Gesundheitspflege hat bislang im großen Publikum wenig Dank gefunden, weil nicht jeder weiß, daß er durch sie täglich, ja stündlich vor schweren und schwersten Gefahren an Gesundheit und Leben bewahrt wird.

Volksseuchen vergangener Jahrzehnte, die unser Grauen erregen, wenn wir die Zahl der Opfer hören, sind der lebenden Generation unbekannt. Sie würden jedes jemals gehörte Ausmaß übersteigen, wenn sie das verelendete, unter kümmerlichen Verhältnissen lebende, eng in Großstädten zusammengepferchte deutsche Volk heute noch heimsuchen könnten. Unser Heer war nur deshalb imstande, jahrelang unter ungünstigsten Verhältnissen, ja in sumpfigen Gegenden einen heroischen Kampf zu führen, weil Vorbeugung und Fürsorge die Ausbreitung von Massenerkrankungen unmöglich machten. Ob man die Seuchenbekämpfung, die Fürsorge auf allen möglichen Gebieten oder den Schutz der Oeffentlichkeit vor gefährlichen Kranken heraushebt, überall reichen kleinste Mittel aus, um untragbaren Schaden von der Allgemeinheit fernzuhalten. Auf keinem anderen Gebiet können öffentliche Mittel so vorteilhaft und höchsten Gewinn bringend investiert werden, wie in der öffentlichen Gesundheitspflege.

Der Großstädter denkt überhaupt nicht mehr an die entsetzlichen Zustände, die eintreten müßten, wenn Seuchen in Millionenstädten ausbrächen. Die Mutter des Säuglings holt sich Rat und befolgt ihn, ohne sich bewußt zu werden, was aus ihrem Kinde werden würde, wenn nicht sachkundige Beratung die ständig drohenden Gefahren fernhielte. Alles was der Staat für die öffentliche Gesundheitspflege aufwendet, beträgt auf den Kopf der Bevölkerung berechnet im Jahre etwa 20 Goldpfennige. Wie gewaltig würde der Etat jeder einzelnen Familie belastet werden, wenn diese Aufwendungen auch nur verringert würden! Tausend Menschen vor Erkrankung zu schützen ist billiger als einen Erkrankten ärztlich behandeln zu lassen. Dabei wird noch nicht einmal der Ausfall produktiver Kräfte, der Kummer und die Sorgen zahlloser Familien berücksichtigt. Wollte man im Etat selbst alle für öffentliche Gesundheitspflege aufgewandten Mittel streichen, so würde das an der finanziellen Situation des Staates nichts ändern, da die von Staats wegen bereitgestellten Mittel noch nicht einmal 1 Proz. des Gesamtetats betragen.

Eine Streichung aber auch nur einzelner Posten müßte ganze Arbeitsgebiete zum Erliegen bringen. Charitative Vereine, Gesellschaften, hochherzige Privatpersonen und Verbände haben seit langem Summen für die öffentliche Gesundheitspflege und Fürsorge aufgebracht, die bei weitem die vom Staate bereitgestellten Mittel übersteigen. Was der Staat gab, war häufig nicht viel mehr als eine Ermunterungssumme. Kleinste Posten genügten, um als Ansporn zu dienen, um einen Wetteifer zu erzeugen und eine Bewegung wachzurufen und zu unterhalten, die der Allgemeinheit zum Segen gereichte. Würde der Staat diese Summen, die ihm bei den Sanierungsmaßnahmen nicht helfen können, streichen, so würde das als Mangel an Interesse gedeutet werden, die Oeffentlichkeit würde ihre Opferwilligkeit verlieren und wichtige, ja lebenswichtige

Aufgaben würden zum Erliegen kommen. Es darf daher in der öffentlichen Gesundheitspflege nicht gespart werden, wenn nicht eine finanzielle Katastrophe und todbringende Folgen heraufbeschworen werden sollen.

Die Not des Staates ist die Not des Volkes. Mehr denn je bedürfen wir einer vorbeugenden und fürsorgerischen Arbeit der Behörden und der mit ihnen freiwillig arbeitenden Kreise. Alle Sachverständigen sind sich darüber einig, daß kein Sachkenner die Verantwortung für die aus einem Abbau der öffentlichen Gesundheitspflege mit Sicherheit vorauszusehenden Folgen tragen kann. Wer trotz dieser von allen zuständigen Instanzen geäußerten Warnung glaubt, auch auf diesem Gebiete „sparen" zu sollen, muß sich klar darüber sein, daß er vor unserem ganzen Volke und vor den kommenden Generationen die volle Verantwortung zu übernehmen hat. Wenn wir wirklich sparen wollen, müssen wir die Maßnahmen ausbauen, die tausendfachen Gewinn bringen und die allein imstande sind, jene Vorbedingungen zu schaffen, die eine erhöhte Leistung der Gesamtheit durch vorbeugenden und fürsorgerischen Schutz für jeden einzelnen garantieren. Die Medizinalverwaltung hat heute die heilige Pflicht, auf Grund ihrer Sachkenntnis alle Mittel anzuwenden, um einen Abbau zu verhindern, auch wenn ihr der Vorwurf gemacht würde, daß sie allein zu Opfern nicht bereit sei. Sie allein weiß, daß die Gesamtheit nur dann spart, wenn Titel und Aufwendungen für die öffentliche Gesundheitspflege nicht beschränkt werden.

Die Regierungskrise in Sachsen.

Urteile sächsischer Parteiblätter.

Die neue Regierungskrise in Sachsen ist glücklich die vierte Krise, die Sachsen in verhältnismäßig kurzer Zeit durchmacht. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß der Anstoß zu dieser Reihenfolge von Krisen in dem Vorgehen der bürgerlichen Parteien zu suchen ist, die, einschließlich der Demokraten, die Regierung Buck-Lipinski kurz nach der Ruhrbesetzung im Frühjahr dieses Jahres zu Fall brachten. Den Demokraten, die später, als sie die Rückwirkung ihres schroffen und sachlich vollkommen ungerechtfertigten Vorgehens gegen den Innenminister Lipinski mehrere Monate hatten beobachten müssen, bei der Bildung der Regierung Fellisch einzulenken versuchten, ist von ihren eigenen Parteifreunden die Kurzsichtigkeit ihres damaligen Vorgehens deutlich genug vorgehalten worden. Wir erinnern nur an den Aufsatz des demokratischen Abgeordneten Brodauf im „Berliner Tageblatt". Die Demokraten sind in erster Linie dafür verantwortlich zu machen, daß an Stelle einer verhältnismäßig ruhigen und gesicherten politischen Entwicklung in Sachsen Krise auf Krise folgte, deren Rückwirkungen namentlich im Zusammenhang mit dem Einrücken der Reichswehr auch vom demokratischen Standpunkt aus sicher nicht begrüßt werden können.

Die sächsischen Sozialdemokraten stehen vor einer wichtigen Entscheidung. Für die innerdeutsche Entwicklung ist es absolut nicht gleichgültig, welcher Kurs in den einzelnen Ländern gesteuert wird. Die Chemnitzer „Volksstimme" betont mit Recht:

„Bei der künftigen Entscheidung muß kühl und leidenschaftslos erwogen werden, was auf dem Spiele steht. Wenn das Drängen der Reaktion, **die Gewalt in den Einzelstaaten in die Hand zu bekommen und die Ausführung der Gesetze und Verwaltung zu beeinflussen, Erfolg hat, dann bedeutet das mehr als gemeinhin angenommen wird.** Aufgegebene Machtpositionen sind nicht so leicht wieder zu erobern. Und ob die dauernden Krisen die Republik festigen, das ist sehr zweifelhaft."

Die Bildung einer Koalitionsregierung mit den Kommunisten scheint der „Dresdner Volkszeitung" gegenwärtig „aus den verschiedensten Gründen schwierig, wenn nicht unmöglich". Sie schreibt in einem Leitartikel dazu folgendes:

„Ob aber unter den heutigen Umständen eine auf Kommunisten gestützte Regierung Aussicht hätte, mit den durch den Belagerungszustand gegebenen äußeren Schwierigkeiten auch nur einigermaßen fertig zu werden, muß dahingestellt bleiben. Erfahrungen der letzten Zeit haben leider auch genügend gezeigt, **wie tief die Kommunisten noch immer im Putschismus verstrickt sind.** Jede Regierung muß, wenn sie sich halten will, für Ordnung und Sicherheit im Lande sorgen. Dabei kann es leicht passieren, daß sie Maßnahmen ergreifen muß, die den Kommunisten eine weitere Unterstützung der Regierung einfach unmöglich machen. Ein bei Unruhen abgegebener Schuß eines Polizisten kann genügen, um den schärfsten kommunistischen Vorstoß gegen die Regierung hervorzurufen, auch wenn sie beim Entstehen der Regierung Hilfe geleistet haben. Es ist ja übrigens die offen ausgesprochene Absicht der Kommunisten, die Sozialdemokratie, sobald Gelegenheit dazu ist, in neue Krisen hineinzuführen, weil sie glauben, auf diese Weise die sozialdemokratischen Massen von den Führern trennen zu können."

Daß die von vielen als bevorstehend angekündigte Landtagsauflösung in Wirklichkeit keine Lösung des sächsischen Problems wäre, betont auch die „Dresdner Volkszeitung". Neuwahlen können entweder zum Verlust der Arbeitermehrheit im Landtag führen, womit der Arbeiterschaft sicher nicht gedient ist, oder aber sie bringen den alten Zustand im neuen Gewande, d. h. eine parlamentarische Mehrheit von Arbeitervertretern, die nicht ausgenutzt werden kann, weil ein Teil wegen ihrer Abhängigkeit von der putschistischen Politik der Kommunisten zur Beteiligung an der Regierungsbildung nicht in Frage kommt. Die „Dresdner Volkszeitung" scheint deswegen der Meinung zu sein, daß eine Koalition mit den Demokraten der ganz ungewissen und eine Lösung nicht ermöglichenden Landtagsneuwahl vorzuziehen sei. Sie begrüßt das, indem sie schreibt:

„Die schlechten Erfahrungen, die wir mit der Koalitionspolitik im Reich machten, sind nicht wegzuleugnen, aber der Unterschied zwischen Reich und Ländern darf nicht übersehen werden. Im Reich steht die Gesetzgebungsarbeit im Vordergrund. Sind die Vertreter der Sozialdemokratie im Kabinett in der Minderheit, so kann es leicht vorkommen, daß unsere Wünsche unbeachtet bleiben und deswegen unsere Teilnahme an der Regierung ihren Sinn verliert. In den Ländern kommt es vor allem auf die Verwaltung an. Ist auch nur ein Teil der Ministerien mit Sozialdemokraten besetzt, so kann ein wichtiger Einfluß ausgeübt werden, da die einzelnen Minister in ihren Ressorts in weitem Umfange selbständig sind. In Preußen haben wir ja seit Jahr und Tag die Große Koalition, ohne daß bis heute irgend jemand in der Partei die Beseitigung dieses Zustandes verlangt hätte. Bei einer Koalition in Sachsen aber hätten wir im Kabinett die Mehrheit. Kein Sozialdemokrat kann bezweifeln, daß eine Koalitionsregierung ein Uebel ist, daß mit einer Koalitionsregierung manches für uns nicht durchführbar ist, das uns notwendig erscheint. Aber für jeden, der sich seiner Verantwortung gegenüber der Arbeiterschaft und dem Volk bewußt ist, muß es erst recht unerträglich sein, wenn wir von Krise zu Krise taumeln und zu ruhiger sachlicher Arbeit überhaupt nicht kommen."

Es wird Sache der sächsischen Genossen sein, der durch die sächsische Politik geschaffenen Schwierigkeiten Herr zu werden. Die ununterbrochene Folge von Krisen ist jedenfalls der Arbeiterschaft weniger dienlich als eine stabilere Regierungspolitik, wie sie z. B. in Preußen sich in den letzten Jahren herausgebildet hat, ohne daß von irgendeiner Seite in der Partei Stimmen gegen diese Politik laut geworden wären. Zweifellos verlangt die „Dresdner Volkszeitung" mit vollem Recht: „Unter allen Umständen müssen wir zu verhüten suchen, daß wir den bürgerlichen Parteien im Landtag die Alleinherrschaft in Sachsen ausüben lassen, denn eine solche bürgerliche Herrschaft in Sachsen müßte sehr stark unter deutschnationalem Einfluß stehen. Daß dann wieder abgebaut würde, was wir hier in Sachsen in jahrelanger mühevoller Arbeit geschaffen haben, ist sicher. Hoffen wir, daß es den Instanzen unserer Partei gelingt, eine Lösung zu finden, die den Einfluß der sozialistischen Arbeiterschaft auf die sächsische Regierung auch in Zukunft erhält."

Gewissenlos!

Verleumderische Behauptungen über die Sozialdemokratie

In einem völkischen Wochenblatt, das in Berlin unter dem Titel „Gewissen" erscheint und von dem sattsam bekannten Dr. Stadler herausgegeben wird, findet sich in der neuesten Nummer die folgende Verleumdung der Sozialdemokratischen Partei:

Mit der Sozialdemokratie ist es in geistlicher Beziehung so weit gekommen, daß sie nicht nur ihre Parteibeamtenschaft abbaut und den Funktionären empfiehlt, sich nach einem bürgerlichen Berufe umzusehen, sondern wie Herr Sonntag mitteilt, sich vor der Notwendigkeit sieht, ihr Zentralorgan, den „Vorwärts", und eine Reihe bedeutender Parteiorgane der Provinz vom neuen Jahre ab eingehen zu lassen. Darauf hin soll nun Herr Spieker, der neue Pressechef der Reichskanzlei, unter Vermittlung von Otmar Strauß und bestimmten Berliner Finanzkreisen, Herrn Scheidemann eine Sanierung seiner Partei vermittelt haben. Es ist selbstverständlich, daß ein solches Finanzgeschäft mit einer politischen Gegenleistung verbunden ist, und wir erinnern in diesem Zusammenhange nur daran, daß die Sozialdemokratische Partei schließlich demselben Ermächtigungsgesetz zugestimmt hat, das sie vorher mit hochtönenden Worten ablehnte. Die jüdische Großfinanz finanziert also auf dem Umwege über die Reichskanzlei die deutsche Sozialdemokratie, und so geht denn der Parteirummel weiter.

Für jeden ernsthaften Menschen liegt das Unsinnige dieser Behauptungen klar zutage. Die Sozialdemokratie hat nicht den geringsten Anlaß, Parteiblätter und gar ihr Zentralorgan eingehen zu lassen, noch weniger zu ihrer Erhaltung eine Sanierungsaktion durch Herrn Spieker oder die Reichsregierung in Anspruch zu nehmen. Das Ganze stellt sich dar als eine zu bestimmten Zwecken erfundene, in allen ihren Teilen erlogene Behauptung, die lediglich dazu dienen soll, die große Partei des schaffenden Volkes zu verdächtigen, als ob sie in irgendeiner Weise vom Großkapital abhängig wäre.

Wenn der „Herr Sonntag", der als Verbreiter dieser Verleumdung bezeichnet wird, sie nicht selbst erfunden hat, so ist nur anzunehmen, daß er und seine Gläubigen irgend einem Anspach aufgesessen sind, der sich ein Gewerbe daraus gemacht hat, sie mit solchen Finten hereinzulegen, die ihnen im Augenblick gerade genehm waren.

Es braucht nach diesem auch wohl nicht erst betont zu werden, daß die Annahme, die sozialdemokratische Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz sei als Gegengabe für die „Sanierung" erfolgt, eine ebenso haltlose Verleumdung darstellt. In völkischen Kreisen ist ja aber seit langem bekannt, was die „Deutsche Zeitung" erst am letzten Sonntag bestätigte, daß das „weite Gewissen der Urheber solcher Nachrichten die Schranken der Achtung vor fremder Ehre längst nicht mehr kennt..."

Der Wahltag in Thüringen.

Weimar, 18. Dezember. (TU.) Nach einer Meldung der „Eisenacher Tagespost" hat die Thüringer Landesregierung die Absicht, die Neuwahlen auf Sonntag, den 13. Januar 1924, anzusetzen.

Die sächsische „Hilfspolizei".

Die Pläne des Wehrkreiskommandeurs.

Dresden, 18. Dezember. (TU.) Nachdem die außersächsische Reichswehr zum größten Teil an ihre Stammorte zurückbefördert worden ist, fällt der sächsischen Polizei die Aufgabe zu, die durch die Reichswehrtruppen geschaffene Ruhe und Ordnung zu erhalten. Da die sächsische Polizei aber eine große Zahl von Fehlstellen aufweist, hat der Inhaber der vollziehenden Gewalt in Sachsen die Aufstellung einer Hilfspolizei verfügt. Aufstellungsorte dieser Hilfspolizei sind Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Glauchau und Riesa. Sie soll mit Rücksicht auf die fehlende Polizeivorbildung nicht im Polizeieinzeldienst verwendet werden, sondern nur einen starken Rückhalt (?) für die bestehende Polizei bilden.

Normung.

Es gibt Menschen, die nichts mehr hassen, als nach einer bestimmten Regel, einer Norm handeln zu müssen. Das Regellose ist ihnen zur Regel geworden. Diese Menschen können gewöhnliche Querköpfe sein, es können sich aber auch hinter ihren Handlungen raffinierte Pläne verbergen, es mag auch solche geben, denen ein feines Fingerspitzengefühl sagt, daß irgendein alter Brauch oder ein Dogma im Begriff ist, sich zu überleben und die daher die Bahnbrecher des Neuen sind. In nicht allzulanger Zeit wird aber auch das ehemals Neue zur Norm, bis es dann wieder durch andere Normen abgelöst wird. Nichts auf der Menschenerde erscheint ein für allemal unverrückbar festzustehen.

So lange wir zurückdenken können, haben die Menschen unbewußt auf Grund ihrer Erfahrungen nach festen Normen gehandelt. Wenn heute in der Technik soviel von Normung geredet und geschrieben wird, so ist das ein Zeichen dafür, daß sich in unserer Zeit mehr denn je das Bestreben geltend macht, auch so materielle Dinge, wie es Maschinen, Hochbauteile usw. sind, bewußt zu normen, nachdem wir auf geistigen Gebieten, wie Sprache, Musik, Rechtswesen u. a. schon seit langem die bewußte Normung kennen, die uns hier bereits zur Selbstverständlichkeit geworden ist.

Das alte Schlagwort von der „öden Gleichmacherei", mit dem man insbesondere die Sozialdemokraten treffen wollte, ist dabei, sich zu überlegen, und es mutet an wie eine Ironie des Schicksals, wenn man sieht, wie gerade in den Kreisen der Großindustrie für Normung, für die „Gleichmacherei" aller möglichen Dinge gewirkt wird, wobei niemals verfehlt wird, darauf hinzuweisen, daß trotz aller Normung dem persönlichen Geschmack und dem künstlerischen Schaffen des einzelnen noch genügend Spielraum bleibe. Das letztere ist eigentlich so selbstverständlich, daß es nicht hervorgehoben zu werden brauchte. Volkswirtschaftlich aber ist das Bestreben, endlich ernsthaft für die Normung in der Technik zu wirken, nur zu begrüßen. Früher hatte jede Fabrik ihre eigenen Normen. Die Ersetzung eines schadhaften Teiles war dadurch nur zu oft erschwert, zuweilen geradezu unmöglich gemacht. Man braucht heute nur an die Vielheit der Fahrradmarken und der Schreibmaschinen zu denken, um den Vorteil der Normung, der Austauschbarkeit aller Teile zu erkennen. Und viele mögen das Fehlen der Normung verwünscht haben, das nicht zuletzt seinen Hauptgrund darin hat, daß es noch genug Fabriken gibt, die ihre Sondererzeugnisse so herstellen, daß sie mit ihnen den Verbraucher in völliger Abhängigkeit von sich halten. In diesen Fällen richtet sich die Normenfeindlichkeit ausdrücklich gegen die Verbraucher. Andererseits kann die allgemeine Einführung von Normen sich auch zum Schaden der Arbeiterschaft bemerkbar machen. Nach allgemeiner Einführung der Austauschfertigung wird es in vielen Fällen, vor allem in den Betrieben großer Konzerne möglich sein, bei Lohnkämpfen, bei Streiks die Produktion aus dem bestreikten Werk in ein anderes zu verlegen oder überhaupt auf mehrere andere Werke so zu verteilen, daß die Streikarbeit der Belegschaft unbewußt geleistet wird. Nur gut geleitete und gut unterrichtete Gewerkschaften werden hier Nachteile für die Arbeiterschaft verhindern können. Trotzdem wäre es verfehlt, im Hinblick auf den großen volkswirtschaftlichen Nutzen, an dem auch der Arbeiter als Verbraucher beteiligt ist, den Bestrebungen, die Industrieerzeugnisse weitgehend zu normen, feindlich gegenüberzustehen.

Vor kurzem hat der Normenausschuß der deutschen Industrie seine diesjährige Jahrestagung abgehalten. Die dort gemachten Ausführungen ließen erkennen, daß die Normung in Deutschland trotz der Ungunst der Verhältnisse erhebliche Fortschritte gemacht hat. So hat der Fachnormenausschuß für Rohrleitungen die Grundlage für die Normung im Rohrleitungsbau geschaffen. Druckstufen, Nennweiten, Rohr- und Flanschabmessungen sind gegeneinander abgestimmt worden. Auch auf dem Gebiete des Hochbauwesens sind erhebliche Fortschritte in der Normung der Bauteile zu verzeichnen. Welche ungeheure Arbeit zur Normung der Gewinde geleistet wurde, ist erst kürzlich im „Vorwärts" mitgeteilt worden. Nun gilt es diese Arbeiten für die Praxis nutzbar zu machen, und hier ist noch eine umfangreiche, nur in zäher Arbeit zu bewältigende Aufgabe zu erfüllen.

Willy Möbus.

Staatsoper: „Hoffmanns Erzählungen".

Eine gänzliche Neueinstudierung dieses in phantastische Romantik, Dämonie und okkulte Mystik eingehüllten Offenbach-Werks ist zeitgemäß; denn das Charakteristisch-Gespenstische in Text und Musik drängt unsere Sinne vom Diesseits ab in ein anderes Reich, mag in ihm auch immer Leid und Entsagen das Schicksal des Träumers Hoffmann sein. Eine gänzliche Neueinstudierung war gestern der orchestrale Teil, den Kleiber auf das Feinste abstimmte, sowie in den vielen aufgemachten Strichen, die Unbekanntes ans Licht brachten (so z. B. das pompös gestaltete Septett-Finale des zweiten Akts und das zierliche Couplet des Dieners). Es war sichtlich herumstudiert, gearbeitet, geübt worden. Man merkte wiederum, daß das Detail viel, aber nicht alles ist und daß zu einem Ganzen noch eine bindende, verbindende, stimmungmachende Persönlichkeit des Pulses gehört. Als diese überragende Persönlichkeit wollte mir auch diesmal Kleiber nicht erscheinen, er ist ein Realist, kein Romantiker. Doch blieb die Orchesterleitung das Beste. Das bunte, groteske, bizarre Spiel muß ein Dekorationskünstler aufspüren. Bis in die Seele seiner Entstehung hinein. Es genügt nicht, das Klischee von Venedig zu geben und die übliche blaue Dunkelheit durch Sterne und Lampions zu unterbrechen. Der erste und dritte Akt zeigen Geschmack, der erste auch ein wenig Phantastik. Von den Sängern war Scheidl der weitaus charakteristischste, besonders als Mirakel wußte er Dämonie und Herumgeistern gut zu spielen. Stimmlich ist er schon freier und geschmeidiger gewesen, doch erntete er mit der Spiegel-Arie offenen Beifall. Henkel fand sich mit seinen drei Partien sehr gut ab und erfand in jedesmaliger Neuorientierung kleine Lebenszüge zur Gestalt. Karl Günther ist noch nicht Hoffmann, aber er kann es werden, wenn er das wunderschöne Material eines überflüssigen Beiklangs entkleidet und noch freier, unbekümmerter im Spiel wird. Von den Frauen konnte eigentlich nur Frau Elfriede Marherr-Wagner (Antonia) zufriedenstellen. Sie hat ganz die Innigkeit des Wesens und der Stimme, die der kranken letzten Geliebten Hoffmanns nottut. Ethel Hansa war als Olympia etwas Halbseide, doch im Automatenhaften geschickt. Die Salvatini sichtlich indisponiert.

Will man den Hoffmann neu herausbringen, so muß man zuerst drei Frauen und zwei Männer von erlesenem Spielstil haben, dazu Stimmen suchen, die den Kostbarkeiten solcher Partitur in allem gewachsen sind. Zunächst einen prunkhaft phantastischen Maler und einen vom Klang berauschten kapriziösen Dirigenten. Von allem war nur ein gutes Teil da. Also eine schöne Aufführung, wo man eine hervorragende erwartet hatte.

Singer.

Wieviel Worte braucht man? Der Wortschatz, über den so sprachgewaltige Dichter wie Shakespeare oder Goethe verfügen, ist natürlich ein unendlich viel größerer als die Menge von Worten, die der Mann von der Straße braucht, um sein alltägliches Verständigungs- und Unterhaltungsbedürfnis zu befriedigen. Aber selbst die Zahl der Worte, die die Dichter in den langen Reihen ihrer Werke benutzen, sind verhältnismäßig gering, mit den Reichtümern verglichen, die die Sprache überhaupt darbietet. In einem amerikanischen Blatt, das die Frage erörtert, wieviel Worte der Durchschnittsmensch notwendig hat, wird darauf hingewiesen, daß der „Standard Dictionary", das große englische Wörterbuch, 350 000 Ausdrücke verzeichnet. Gegen diese Riesenmassen ist selbst der Wortgebrauch Shakespeares klein, der seine unsterblichen Dramen mit 16 000 Worten geschaffen hat. Andere Dichter verwenden noch sehr viel weniger; Milton z. B., der ebenfalls wegen der Fülle seiner Ausdrücke berühmt ist, hat nur 8000. Der hochgebildete moderne Mensch verwendet kaum mehr als 3000 bis 4000 Worte. Um Zeitungen oder leichtere Bücher zu lesen, braucht man nicht mehr als 2000 Worte zu kennen. Der weniger gebildete Mensch kommt in seiner Unterhaltung mit einem Wortschatz aus, der kaum die Zahl von 500 Worten übersteigt, und Bauern in abgelegenen Dörfern, deren Interessenkreis und Weltbild sehr beschränkt ist, haben nicht mehr als 200 Worte nötig, um alles auszudrücken, was sie sich im alltäglichen Leben zu sagen haben.

Im Weihnachtskonzert der Volksbühne, das am zweiten Feiertag, mittags ½12 Uhr, im Theater am Bülowplatz stattfindet, wird der Sprech-Chor der Proletarischen Feierstunden unter Leitung von Albert Florath vom Deutschen Schauspielhaus Franz Rothenfelders „Weltenwende" erstmalig zur Aufführung bringen. Der Berliner Schubert-Chor und der Gemischte Chor Groß-Berlin wird unter Leitung von Jascha Horenstein Chöre zum Vortrag bringen.

Neue Tanzkunst. Am Donnerstag, den 20., veranstaltet Lent Riesenfahl im Deutschen Theater einen Tanzabend; Beginn 8 Uhr. — Feierliche und phantastische Tänze bringt Lutta Klami mit ihrer Tanzgruppe am Freitag, den 21., abends 8 Uhr, im Blüthner-Saal zur Darstellung.

Die Arbeit des Fünfzehner-Ausschusses.

Der Fünfzehner-Ausschuß wird, wie „Eca" erfährt, in dieser Woche zunächst die Beratung über die zweite Steuernotverordnung beendigen. Sodann soll vor den Weihnachtsfeiertagen noch eine Verordnung des Reichsjustizministeriums über die Goldbilanzen beraten werden, sowie eine Verordnung des Reichsarbeitsministeriums über das Arbeitszeitgesetz. Die dritte Steuernotverordnung, die gestern im Kabinett beraten wurde, dürfte hinter diese beiden Verordnungen zurückgestellt werden, so daß ihre Verabschiedung durch den Fünfzehner-Ausschuß vor den Weihnachtsfeiertagen fraglich erscheint.

Die „Prinzen von Preußen".

Man schreibt uns:

Recht viel Kopfschütteln bei allen Republikanern muß die letzterschienene Nummer 75 der Preußischen Gesetzsammlung hervorrufen. Dort findet sich eine Verordnung des Preußischen Staatsministeriums vom 27. November 1923 abgedruckt, durch welche den Mitgliedern der Hohenzollernfamilie das Recht gegeben wird, den Titel „Prinz von Preußen zu führen. Diese Verordnung steht in krassem Widerspruch zu Artikel 109 der Reichsverfassung. Hiernach dürfen Titel nur verliehen werden, wenn sie ein Amt oder einen Beruf bezeichnen Steht etwa das Ministerium auf dem Standpunkt, daß es noch heute Amt und Beruf der Hohenzollernsprößlinge sei, die „Prinzen von Preußen" zu spielen? Derartige Verordnungen dürften weder im In'and noch im Ausland dem moralischen Ansehen der Republik dienlich sein.

Das bayrische Sparprogramm.

München, 18. Dezember. (Eca.) Der bayerische Landtag tritt heute zu einer ordentlichen Tagung zusammen, die aber nur von kurzer Dauer sein wird, da durch die Annahme des Ermächtigungsgesetzes, die man als gesichert betrachten kann, die Regierung alle die Vollmachten erhält, die sie für die Durchführung eines großzügigen Spar- und Reformprogrammes für notwendig hält. Das Programm der Regierung sieht einerseits die Erhöhung der Staatseinnahmen mit Ausbau der den Ländern noch ergebenden Steuermöglichkeiten vor. Daneben werden von der bayerischen Regierung nachdrücklich die Bestrebungen auf Rückgabe der Finanz- und Steuerhoheit an die Länder betrieben werden. Zum Zweck der Herabminderung der Staatsausgaben sind tiefe eingreifende Maßnahmen geplant, vor allem hinsichtlich eines Abbaues des Beamtenkörpers und des Behördenapparates. Eine große Anzahl von Aemtern und Gerichten soll eingezogen oder zusammengelegt werden. Auch der Etat des Staates wird eine Einschränkung erfahren, wenn auch die Unternehmungen, die produktiven Zwecken dienen, fortgeführt werden sollen. Mit großem Nachdruck wird die Regierung ferner die Herabminderung der Sachausgaben der staatlichen Verwaltung und Einschränkung der Dienstreisen usw. betreiben.

Der Düsseldorfer Prozeß.

Düsseldorf, 18. Dezember. (WTB.) Nachdem sich das französische Gericht für zuständig erklärt hatte, wurde schon gestern im Prozeß gegen die Polizeibeamten als erster Angeklagter Polizeioberinspektor Höffner, dem die Blaue Polizei unterstiht, vernommen. Zur Vorgeschichte der Vorgänge am 30. September sagte er aus, die Polizei sei in Bereitschaft gehalten worden, weil man Störungen der separatistischen Kundgebung durch kommunistische Gegendemonstrationen befürchtet habe. Oberinspektor Höffner erklärt, er habe sich an die Bestimmungen gehalten, es sei ihm aber wegen fehlender telephonischer Verbindung nicht möglich gewesen, in jedem Fall, wo das Einsetzen von Polizei notwendig gewesen sei, sich mit Dr. Haas in Verbindung zu setzen. Er habe auch sonst, wenn Gefahr bestand, Vollmacht gehabt, Polizei einzusetzen. Er habe beobachtet und gehört, daß Polizeibeamte von sich aus eingegriffen hätten, wenn sie Schießen und die Notsignale der angegriffenen Polizeibeamten gehört hätten. Er habe nicht beobachtet, daß von der Polizei abgeführte Gefangene mißhandelt worden seien, dagegen solche Mißhandlungen durch das Publikum mitangesehen, selbst vor seinem Bureau. Persönlich dazwischen zu treten, um die Mißhandlungen zu verhindern, habe er keine Gelegenheit gehabt, weil die Gefangenen sehr schnell abgeführt worden seien.

Bei der Vernehmung des Polizeimajors Engels, dem die Grüne Polizei untersteht, weist dieser u. a. darauf hin, daß anläßlich der separatistischen Kundgebungen die Grüne Polizei möglichst zurückgehalten werden mußte, da einige Tage vorher zwei ihrer Beamten in Düsseldorf von Separatisten erschossen worden waren. Einen Befehl an die Grüne Polizei zum Eingreifen habe er nicht gegeben. Als er gesehen, daß diese beim Vernehmen von Schüssen die Kaserne in der Mühlenstraße, wo er sein Bureau hatte, verlassen habe, habe er zu einem Fenster hinausgerufen, die Leute, die noch auf dem Hofe seien, sollten dableiben und die übrigen sollten zurückkommen. Er habe ferner gesehen, daß mehrere Polizeibeamte verhindert hätten, daß auf die abgeführten Gefangenen von Zivilpersonen eingeschlagen würde.

Hauptmann Winkelmann von der Grünen Polizei bekundete, daß der Vorbehalt des Dr. Haas auf einer Konferenz am Sonnabend nicht in der Form eines Befehls gemacht worden sei. Die Anordnungen des Dr. Haas hätten sich auf den Hindenburgwall bezogen, wo die Separatistendemonstration stattfinden sollte. Als ihm gemeldet worden sei, daß in anderen Straßen die Blaue Polizei „zusammengehauen" worden sei, habe er sich für verpflichtet gehalten, die Grüne Polizei einzusetzen, um die Ueberfallenen zu schützen. Er habe gesehen, daß auf die Polizei eingeschlagen wurde, und habe selbst einen Schlag bekommen.

Kommunistenverhaftungen.

Zu den Kommunistenverhaftungen, die von der Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidiums am letzten Sonntag bei der Aushebung des Reichskongresses der Erwerbslosen vorgenommen worden sind, wird gemeldet, daß gegen zirka 20 der in Haft behaltenen Kommunisten Haftbefehle beantragt waren. Die beiden Angestellten der russischen Botschaft, die sich unter den Verhafteten befinden, geben sich als Portier rep. als Bote aus. In der Nacht zum Dienstag wurde ein Kontrollausschuß und eine Bezirkskurierstelle der KPD. ausgehoben, wobei zirka 40 Personen festgenommen wurden.

Das Frauenwahlrecht in Frankreich.

Paris, 18. Dezember. (WTB.) Der Minister des Innern hat gestern dem Kammerausschuß für das Wahlrecht mitgeteilt, daß die Regierung den Frauen vorerst nur für Gemeindewahlen das aktive und passive Wahlrecht verleihen wolle und sich im übrigen für den Grundsatz des Familienwahlrechts ausgesprochen habe. Der Ausschuß hat diese Vorschläge nicht angenommen. Im Ausschuß ist ferner mitgeteilt worden, daß der Kriegsminister sich jedem Vorschlag widersetzen werde, dem Militär das Wahlrecht zu verleihen.

Sondergericht und Oeffentlichkeit.

Es soll in einem anderen Zusammenhange auf die Sondergerichte eingegangen werden. Hier soll vorläufig nur das eine gesagt werden: Auch vom Standpunkt ihrer Verteidiger können diese Gerichte ihre Daseinsberechtigung als Abschreckung und Vorbeugung nur insofern haben, als wirklich die breitesten Massen der Bevölkerung von ihren Urteilen Kenntnis erlangen. Ein Urteil, wie das kürzlich in der Sache des geplünderten Fleischerstandes gefällte, müßte in allen Markthallen ohne Namensnennung aber samt Begründung angeschlagen werden, damit Hunderttausende es lesen. Presse und Gerichtspublikum erfüllen hier den Zweck als Oeffentlichkeit nicht. Das gleiche gilt von Urteilen, die Plünderungen von Bäckerläden und -wagen, Lebensmittelgeschäften, Kartoffelfuhren usw. betreffen.

Dies soll für die entsprechenden Behörden eine Anregung sein. Es dürfte auch im Sinne derer sein, die ihre Hoffnung auf Sondergerichte setzen, so soll wenigstens dafür gesorgt werden, daß sie ihren Zweck der Abschreckung nicht allein durch Aufhebung normaler Gerichtsbarkeit und harte Strafen zu erreichen versuchen, sondern durch weiteste Verbreitung ihrer Urteile. Sonst würden sich zu nutzlosen Opfern der Not noch nutzlose Opfer der Sonderjustiz gesellen.

Ebenso müßten die Urteile der Wuchergerichte der weitesten Oeffentlichkeit bekanntgemacht werden. Die Bevölkerung soll die Urteile der Sondergerichte mit der der Wuchergerichte vergleichen können. Sie soll sich davon überzeugen dürfen, daß auch die letzteren hart anzupacken verstehen, wenn es gilt, die Masse zu schützen. — Sonst könnten die Massen leicht in den Glauben kommen, daß verschiedenes Maß angelegt wird — und zwar nicht zugunsten der Notleidenden.

Unberechtigte Fleischpreise.

Senkung nur im Groß- aber nicht im Kleinhandel.

Mit den Fleischpreisen in den Ladengeschäften beschäftigte sich in diesen Tagen angelegentlich die Wucherpolizei. Schon am Freitag voriger Woche wurden auf dem Zentralviehhof die Fleischpreise erheblich gesenkt Von dem entsprechenden Fallen in den Schlächterläden aber merkt die Verbraucherschaft auch jetzt noch immer so gut wie gar nichts. Jedenfalls hat sich die Senkung im Großhandel noch lange nicht durchgängig auch im Kleinverkauf ausgewirkt. Die Ladenschlächter nehmen fast alle die Preise, die von der zuständigen Kommission als die höchst zulässigen Preise für das allerbeste Fleisch festgesetzt sind. Es versteht sich von selbst, daß diese Preise für geringere Qualitäten nicht gelten und nicht gefordert werden dürfen. Die Ladenschlächter aber machen zu ihren Gunsten keinen Unterschied und verlangen für jede, auch die geringste Qualität, fast durchweg das, was nur für die beste Qualität zugelassen ist. Die Kunden werden gut tun, sich dort, wo zu hohe Preise verlangt werden, sich die Einkaufssätze vorlegen zu lassen. Aus ihnen können sie ersehen, ob die zulässige Spanne überschritten ist, ob sie also übervorteilt werden oder nicht. Die Preise gelten jedesmal von 12 Uhr mittags bis zu der gleichen Zeit am nächsten Tage. Sie wechseln natürlich je nach Angebot und Nachfrage, im wesentlichen also nach dem Auftrieb. Die Wucherpolizei ist bestrebt, durch schärfste Kontrolle der Uebervorteilung des Publikums auch auf diesem Gebiete ein Ende zu machen.

Das Bier wird billiger.

Auch in Norddeutschland sollen die Bierpreise im Laufe dieser Woche wesentlich herabgesetzt werden. Eine frühere Bierpreisermäßigung kam, wie es heißt, für die norddeutschen Brauereien nicht in Frage, weil der von ihnen im November festgesetzte Goldmarkpreis mit Rücksicht auf den Absatz unter den Gestehungskosten gehalten war, auch eine Risikoprämie für Geldentwertung nicht enthielt. Selbstverständlich müssen nun auch die Gastwirte eine wesentliche Herabsetzung der Ausschankpreise vornehmen.

Taschendiebe auf der Stadtbahn.

Reiche Beute machten Taschendiebe, die mit Betäubungsmitteln arbeiten, auf der Stadtbahn. Sie haben es auf Leute abgesehen, die spätabends fahren und in den dann oft überheizten Abteilen leicht einschlafen. Einem Kaufmann, dem dieses widerfuhr, stahlen sie eine goldene Uhr mit Kette und 260 Rentenmark. Der Bestohlene, der vom Grunewald nach Potsdam fuhr, wurde so stark betäubt, daß ein Eisenbahnbeamter, der ihn auffand, Mühe hatte, ihn zu wecken. Ein anderer Reisender, der am Alexanderplatz eingestiegen war, mußte auch in Potsdam geweckt werden. Er war noch so benommen, daß er erst gar nicht wußte, wo er und was mit ihm geschehen war. Ihm wurde ebenfalls eine goldene Uhr, eine Kavalierkette, ein Feuerzeug und ein silberner Zigarrenabschneider gestohlen, außerdem eine schwarze Ledertasche mit 1 445 000 Goldmark. Einem anderen Fahrgast wurde auf der Untergrundbahn vom Wittenbergplatz nach dem Zoo die Brieftasche mit 7500 Goldmark gestohlen. Ihm zerschnitt der Dieb, um an die Geldtasche herankommen zu können den Ueberzieher, das Jackett und die Hose. Einer Schauspielerin wurde eine goldene mit Platin belegte und mit 15 Brillanten geschmückte Ansteckadel gestohlen. Ein Kaufmann büßte im Wartesaal 4. Klasse des Stettiner Bahnhofs seinen braunen Handkoffer ein, der Zwirn, Nähnadeln usw. und 5 Billionen Papiergeld enthielt. Dem Gast eines Lokals in der Friedrichstraße wurde aus seinem Ueberzieher, den er aufgehängt hatte, die Brieftasche mit 2500 Billionen gestohlen, während er etwas aß, einem Herrn auf der Untergrundbahn vom Potsdamer Bahnhof bis Bülowstraße die goldene doppelkapselige Uhr mit dem verschlungenen Monogramm R. W.

Die verführerische Goldmark.

Mit den besten Empfehlungen und Referenzen wurde vor mehreren Monaten bei einer kleinen hiesigen Bank im Zentrum der Stadt ein 24 Jahre alter junger Mann Fritz Hausdorf aus Schweden als Devisen- und Effektensachverständiger angestellt. Dieser, doch immerhin als gegen Papiermark gefeit geltende junge Mann, da er aus einem valutastarken Lande kam, erwies sich der neuen Goldmark gegenüber doch nicht so sicher als man angenommen hatte. Er mißbrauchte das Vertrauen, das man ihm entgegenbrachte. Durch Fälschungen und fingierte Aufträge in dem von ihm geführten Kurdenregister brachte er es zu großen Umsätzen, und so gelang es ihm so, größere Geldsummen aus den Tresors der Bank zu bekommen, die er dann veruntreute. Dementsprechend hat er auch auf großem Fuße gelebt und Geld spielte keine Rolle. Unstimmigkeiten mit den Abrechnungen der Kunden hatten eine Kontrolle seines Kontos zur Folge. Der Boden wurde ihm nun zu heiß. Er flüchtete aus seiner luxuriös eingerichteten Wohnung in der Uhlandstraße 194 und ließ seine sämtlichen Sachen zurück. Nach den bisherigen Feststellungen sind ungefähr 40 000 Goldmark unterschlagen worden, doch dürfte die Summe sich noch beträchtlich erhöhen. Da Hausdorf sich im Besitze eines Passes für die Schweiz befindet, wird er wahrscheinlich versuchen, die Schweizer Grenzen zu überschreiten, um von hier zu seinen Angehörigen nach Rotterdam zu gelangen. Meldungen nimmt die Dienststelle B. II. 1. Kriminalkommissar Binnemann, entgegen.

Oesterreichische Hilfsbereitschaft.

Die unter dem Personal der österreichischen Bundesbahnen eingeleitete Sammlung für die deutschen Eisenbahner ergab den Betrag von 236 Millionen Kronen, während die vorläufig abgeschlossene Sammlung des Bundesheeres für die Deutschlandhilfe 287 Millionen Kronen ergab. Die Krone hat einen augenblicklichen Wert von ungefähr 59 Millionen Mark, somit ergibt die Spende zusammen eine Summe von 30 857 Goldmark.

Ein ärztlicher Kunstfehler.

Die Sachverständigen sind sich nicht einig.

Eine für Aerzte grundsätzlich außerordentlich wichtige Entscheidung wurde nach zwölfstündiger Verhandlung von der 6. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Ohnesorge in einer Strafsache gegen den praktischen Arzt Dr. M. wegen fahrlässiger Tötung gefällt.

Zu Dr. M wurde eine Patientin gebracht, bei der eine Fehlgeburt im Gange war. Bei der Herausnahme der Frucht passierte dem Arzt ein häufig vorkommendes Mißgeschick, nämlich daß er mit der Zange die Gebärmutterwand perforierte. Zwei Tage später starb die Patientin im Krankenwagen auf dem Transport zum Krankenhaus. Die Anklage warf Dr. M. vor, daß er die Patientin zu Fuß habe nach Hause gehen lassen und daß er sich nicht genügend um sie gekümmert habe. Letzteres stellte sich in der Verhandlung zwar als unrichtig heraus, die Strafkammer stellte aber eine Fahrlässigkeit insofern fest, als die Patientin von dem Arzt nicht sofort in klinische Behandlung gebracht worden sei und daß er den Angehörigen nicht sofort völlige Aufklärung über den unglücklichen Zufall und die sich daraus ergebende Lebensgefahr gegeben habe. Die Gutachten der Sachverständigen, unter denen sich drei Universitätsprofessoren befanden, gingen in den entscheidenden Punkten wesentlich auseinander. — Professor Dr. Liepmann und Professor Dr. Duehrssen sowie ein dritter Sachverständiger vertraten die Ansicht, daß der Angeklagte alles getan hätte, was von einem praktischen Arzt zu verlangen wäre. Professor Schäfer und Medizinalrat Dr. Störmer erblickten vor allem in der Unterlassung der sofortigen klinischen Behandlung einen ärztlichen Kunstfehler. In der Tat wurde der Angeklagte wegen fahrlässiger Tötung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Strafkammer schloß sich damit den strengen Gutachten von Professor Schäfer und Medizinalrat Dr. Störmer an. Die Verteidiger haben sofort gegen das Urteil Revision beim Reichsgericht angemeldet und stützen sich darauf, daß das Gericht den Begriff der Sorgfaltspflicht überspannt habe.

Förderung der Jugendpflege.

Das preußische Staatsministerium hat zur Förderung der Pflege der schulentlassenen Jugend die preußischen Behörden darauf hingewiesen, daß überall darauf Bedacht zu nehmen sei, die vorhandenen Einrichtungen für die allgemeine Jugendpflege nach Möglichkeit nutzbar zu machen. Die Behörden sollen deshalb widerruflich Turnhallen, Spielplätze, Schwimmanstalten, verfügbare Zimmer, Säle, Gerätschaften und Anschauungsmaterial, sowie für Jugendherbergen geeignete Räume zur Verfügung stellen. Diese auf Gesunderhaltung und Kräftigung der deutschen Jugend hinzielenden Bestrebungen verdienen wegen ihrer Wichtigkeit für den Wiederaufbau unseres Volkes die eifrigste Unterstützung aller Kreise und namentlich auch aller Behörden. Der Minister für Volkswohlfahrt drückt deshalb unter Hinweis auf einen Erlaß des Reichsarbeitsministers den Wunsch aus, daß auch die Versorgungsdienststellen hierin nicht zurückstehen. Wenn und soweit besondere Heizung und Beleuchtung von Räumen erforderlich werden, sind die hierdurch entstehenden Selbstkosten in Rechnung zu stellen. Noch wichtiger ist die Förderung durch Teilnahme von Versorgungsbeamten selbst an der Jugendpflege. Der Minister geht dabei von der Voraussetzung aus, daß im Versorgungswesen Männer vorhanden sind, die durch Lebensschicksale und Lebenserfahrung geeignet sind, die Jugend für das Streben nach körperlicher Ertüchtigung und kameradschaftlicher Gesinnung zu begeistern und gleichzeitig ihr Wissen, ihren Charakter und ihre Heimatliebe zu stärken. An alle diese Personen, besonders aber auch an die beamteten Aerzte richtet der Minister die Bitte, sich der guten Sache der Jugendpflege unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Die Straßenbahnlinie 69 wird ab heute von Lichtenberg, Hubertusstraße bis zur Gudrunstraße verlängert bei Durchführung jedes zweiten Wagens nach Friedrichsfelde im Rahmen des bestehenden Fahrplans.

Die Heilanstalten des Volksheilstätten-Vereins vom Roten Kreuz in Hohenlychen sind nicht geschlossen, sondern in vollem Betriebe. Das Kaiserin-Auguste-Viktoria-Sanatorium für weibliche Lungenkranke, die Heilanstalten für äußere Tuberkulose (Männer, Frauen und Kinder), die Viktoria-Luise-Kinderheilstätte für tuberkulöse und tuberkulosebedrohte Kinder, sowie das Werner-Krankenhaus (chirurgische und innere Abteilung) sind auch während des Winters geöffnet und nehmen, soweit Plätze verfügbar sind, Patienten auf.

Erziehung zum sparsamen Gasverbrauch. Die Berliner Gaswerke A. G. haben beschlossen, unentgeltlich besondere Ausbildungskurse für Hausfrauen und Köchinnen zur Erzielung von sparsamem Gasverbrauch in der Küche einzurichten. Die Installationsabteilung soll angewiesen werden, der Instandsetzung betriebsunfähig gewordener Gasapparate ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Die „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland" veranstaltet am Mittwoch, den 19. Dez., einen Vortragsabend. Graf Dr. Arco wird auf Grund eigener Anschauung über die technisch-wissenschaftliche Arbeit im neuen Rußland sprechen. Karten in der Geschäftsstelle NW. 21, Elsener Str. 31, III., Fernspr. Moabit 9693.

Die neue Einwanderungspolitik der USA.

Die Regierung der Vereinigten Staaten befaßt sich mit der Aufstellung eines neuen Einwanderungsgesetzes. Dieses sieht vor, daß die Quote der Einwanderer auf Grund der Volkszählung des Jahres 1890, anstatt wie bisher auf Grund derjenigen des Jahres 1910 berechnet wird. Diese Neuordnung wird die Zahl der Einwanderer von 350 000 pro Jahr auf durchschnittlich 340 000 zurückbringen. Ferner wird dadurch bewirkt, daß sich die Einwanderer in der Mehrzahl nicht mehr aus Einwohnern des Balkans, sondern solcher der nördlichen Länder Europas zusammensetzen werden, die angeblich anpassungsfähiger sind. Ferner wird eine gewisse Anzahl von Einwanderern — wahrscheinlich zirka 2 Proz. — nicht in der Gesamtquote inbegriffen werden, wenn es sich dabei um Familienmitglieder naturalisierter Amerikaner oder Personen handelt, die seit zwei oder mehr als zwei Jahren in Amerika wohnen. Eine weitere Neuordnung, die das Gesetz bringen wird, ist eine Klausel, die die Ausstellung eines Einwanderungsausweises durch das amerikanische Konsulat des Landes vorsieht, aus dem der Einwanderer kommt. Es sollen damit die Schwierigkeiten vermieden werden, denen zurzeit in Amerika eintreffende Einwanderer von Ländern ausgesetzt sind, deren Quote bereits erreicht ist. Das Gesetz sieht ferner die jährliche Registrierung aller in den Vereinigten Staaten anwesenden Fremden vor. Gegen diese Bestimmung erhebt besonders der Amerikanische Gewerkschaftsbund energischen Einspruch. In diesen Kreisen glaubt man, daß dadurch „das alte russische System der Polizei-Spionage" eingeführt werde. Ferner fürchtet man, daß die Registrierungsbestimmung bei Streiks gegenüber den fremden Arbeitern als Einschüchterungsmittel benützt werde.

Das Erdbeben in Kolumbien. Nach einer New-Yorker Meldung sind bis jetzt 200 Leichen aus den Trümmern des Erdbebens in Kolumbien geborgen worden.

Gewerkschaftsbewegung

Um den Achtstundentag.

In einer stark besuchten Funktionärversammlung der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Verkehrsbundes referierte Genosse Klose über „Der Achtstundentag in Gefahr". Seinen Ausführungen ist folgendes zu entnehmen: Unter dem Stichwort „Nur Arbeit kann uns retten" wird von dem Unternehmertum gegen alle sozialen Errungenschaften angerannt. Die alte Forderung der Arbeiterschaft nach dem Achtstundentag hat stets die organisierte Abwehr aller arbeiterfeindlichen Elemente gefunden. Erst die Novemberrevolution des Jahres 1918 brachte unter anderen sozialpolitischen Verordnungen auch die Einführung des Achtstundentages, wobei besonders interessiert, festzustellen, daß der bezüglichen Verordnung der damaligen Volksbeauftragten eine freie Vereinbarung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerspitzenorganisationen vorausging. Redner gab weiter einen historischen Ueberblick über die Einführung des Achtstundentages, speziell im Handels- und Verkehrsgewerbe. Dem deutschen Vorgehen folgend, beschlossen nacheinander ziemlich alle europäischen Länder die Einführung eines achtstündigen Normalarbeitstages. Aber bald setzte der Vorstoß der deutschen Unternehmer ein. Die verkürzte Arbeitszeit sollte die Wirtschaftlichkeit und Konkurrenzfähigkeit der Industrie herabmindern. Diese Angriffe steigerten sich fortlaufend; sie fanden ihren prägnanten Ausdruck im Thyssen-Brief an den Reichskanzler Wirth und der Stinnes-Rede im Reichswirtschaftsrat, wobei beide die Beseitigung des Achtstundentages forderten. Gegen diese Bestrebungen nahmen die Spitzenorganisationen von Anfang an scharf Stellung, besonders der Beschluß des Gewerkschaftskongresses 1922 ist hier zu erwähnen. In seinen weiteren Ausführungen ging Klose auf den neuesten Arbeitszeitgesetzentwurf ein. Wenn es auch den Anschein hat, als wolle dieser Entwurf den Achtstundentag nochmals mit Gesetzeskraft festlegen, enthält er doch in seinen einzelnen Abschnitten so viele Ausnahmebestimmungen, daß man mit Fug und Recht von einem Ausnahmegesetz gegen den garantierten Achtstundentag sprechen kann. Obwohl dieser Gesetzentwurf noch nicht verabschiedet ist, machen sich in den letzten Verhandlungen mit den Unternehmern diese die Gedankengänge des Entwurfs bereits zu eigen und erklären, nur Lohnzulagen bewilligen zu können, wenn gleichzeitig von einer tariflichen Festlegung des Achtstundentages abgesehen würde. Diese Taktik der Unternehmer ist nicht von der Absicht diktiert, der deutschen Wirtschaft zu helfen, sondern bezweckt, dem verhaßten Achtstundentag, für den sich in den verschiedensten Gutachten Industrielle, Wissenschaftler und Volkswirte uneingeschränkt ausgesprochen haben, den Garaus zu machen. Unser Erfolg bei dem uns aufgezwungenen Kampf wird von der Stärke der Organisationen und der geistigen Einstellung der Mitglieder abhängig sein. Sorgen wir, daß der letzte Mann uns als Kämpfer zugeführt wird.

Nach eingehender Aussprache wurde die Abstimmung über eine Resolution im Sinne des Referats vertagt.

Der Kampf in der rheinisch-westfälischen Hüttenindustrie.

Am Donnerstag, den 13. und Freitag, den 14. Dezember, fanden in Berlin unter dem Vorsitz des Herrn Reichsarbeitsministers Verhandlungen über die zukünftige Arbeitszeit in der rheinisch-westfälischen Hütten- und Metallindustrie statt.

Seit Wochen waren die Betriebe geschlossen; die Arbeiterschaft kämpfte mit Verzweiflung um die Erhaltung des Achtstundentages, vornehmlich aber um die Erhaltung der dreifachen Schicht für die Hüttenarbeiter, denen laut Bundesratsverordnung von 1904 ein besonderer Schutz gewährt werden müsse infolge ihrer gesundheitsschädlichen und anstrengenden Arbeit. Nachdem die Verträge mit der Micum (Anfangsbuchstaben von Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines = Interalliierte Mission für Werks- und Zechenkontrolle) abgeschlossen waren, erklärten die Arbeitgeber, daß die Belastung derart sei, daß nur durch eine längere Arbeitszeit und durch Mehrleistung eines jeden einzelnen der Wiederaufbau der Wirtschaft vor sich gehen könne. Die Gewerkschaften und die gesamte Mitgliedschaft lehnten das Ansinnen der Arbeitgeber ab, weil beweiskräftig nachgewiesen wurde, daß die Arbeitsleistung nach dem Kriege die Friedensleistung überschritten habe. Die Not der Arbeiterschaft wurde von den Arbeitgebern ausgenutzt, um ihre vorkriegszeitliche Machtstellung wieder herzustellen. Das Ergebnis der Berliner Verhandlungen war ein Angebot der Arbeitgeber, wonach den schwer arbeitenden Hüttenarbeitern eine Ablösung zuteil werden soll; insgesamt soll ihre Arbeitszeit an 6 Werktagen nicht mehr als 54 Stunden betragen. Für die Entlohnung wird die zehnstündige Arbeitszeit zugrunde gelegt. Die übrigen weniger schwer arbeitenden Hüttenarbeiter sollen im Durchschnitt 59 Stunden die Woche arbeiten, die Arbeiterschaft der weiterverarbeitenden Industrie 57½ Stunden die Woche. Die Vertreter des DMV., die man im Arbeitsministerium besonders dazu bewegen wollte, das Abkommen ihren Kollegen zu empfehlen, erklärten, daß das Verhandlungsergebnis als das letzte Angebot der Arbeitgeber zu betrachten sei; dieses aber ihren Kollegen zu empfehlen, seien sie außerstande, weil es gegen die bisherigen Gepflogenheiten, Schutz des Hüttenarbeiters, verstoße. Diese Tatsache soll durch die Leistung der Unterschrift nicht etwa so gedeutet werden, als ob das Abkommen angenommen sei, sondern in Anbetracht der außerordentlichen Bedeutung soll das Abkommen der Mitgliedschaft zur Entscheidung vorgelegt werden. Die am Sonnabend, den 15. Dezember 1923, in Dortmund stattgefundene Bezirkskonferenz des DMV., Bezirk Essen, nahm zu oben angeführtem Verhandlungsergebnis Stellung und kann sich dem Vorschlag der Arbeitgeber nicht anschließen. In der Erkenntnis, daß die Auswirkungen des Verhandlungsergebnisses von außerordentlicher Bedeutung sind, beschloß die Konferenz, die Mitglieder durch Urabstimmung selbst entscheiden zu lassen. Die Urabstimmung findet statt in allen Orten des Bezirks Essen am Mittwoch, den 19. Dezember 1923. Bis zur endgültigen Entscheidung durch die Urabstimmung gilt für die Mitglieder des DMV. die achtstündige Arbeitszeit.

Der Achtstundentag in Amerika.

Wie die „Korrespondenz des IGB." mitteilt, hat sich der in der amerikanischen Stahlindustrie neueingeführte Achtstundentag durchaus bewährt. Große unabhängige Stahlfabrikanten in den Distrikten von Cleveland und Youngstown berichten, daß „die Leistungsfähigkeit der Arbeiter beträchtlich zugenommen hat". Fast alle Stahlfabriken dieser Distrikte stellen fest, daß die Arbeiter bei achtstündiger Arbeitszeit pro Stunde mehr Stahl produzieren können als bei zwölfstündiger Arbeitsdauer. Bei Verkürzung der Arbeitszeit auf zwei Drittel der früheren Zeit mußten nur 20 Proz. neue Arbeiter eingestellt werden. Zeitverschwendung und unzweckmäßige Arbeiterunterbrechungen sind durch bessere Organisation ausgeschaltet worden.

Ueberdies beteiligen sich nun Hunderte von Stahlarbeitern zum erstenmal an Unterrichtsklassen in Staatsbürgerkunde und englischer Sprache. Die Tatsache, daß die Organisierung der Stahlarbeiter schnelle Fortschritte macht, scheint zu zeigen, daß die Arbeiter dabei nicht nur lernen, gute Amerikaner, sondern auch gute Gewerkschafter zu sein.

Die Eisenbahner zur Entlassungsaktion.

Der Deutsche Eisenbahnerverband hatte zum Sonntag, den 16. Dezember 1923 nach den Sophiensälen eine Mitgliederversammlung einberufen, die von Beamten und Arbeitern zahlreich besucht war. Nachdem die Stellung der Verbandsinstanzen zu diesen Entlassungsmaßnahmen dargelegt war, entwickelte sich eine ausgiebige Diskussion.

Wenn auch anerkannt wurde, daß Entlassungen in Anbetracht der schlechten Wirtschaftslage der Reichseisenbahn nicht zu vermeiden seien, so wurde doch mit aller Entschiedenheit dagegen Protest erhoben, daß die ganze Schwere der Entlassungsaktion diejenigen trifft, die die produktive Arbeit im Eisenbahnbetrieb leisten, während von einem Abbau des Verwaltungsapparates und von einem Abbau des zahlreichen Aufsichtspersonals sehr wenig zu spüren ist. Diese Maßnahmen müssen nach Ansicht der Versammlung dazu führen, daß der Eisenbahnbetrieb, der jetzt seine alten eingearbeiteten Kräfte abstößt, bei aufsteigender Konjunktur nicht mehr den Anforderungen der Wirtschaft genügt. Lebhaften Unwillen erregte es, daß fast die gesamte Presse gegen die Entlassungsmaßnahmen bei den Beamten und ihre ungenügende Besoldung Einspruch erhoben hat, während von den Arbeitern gar nichts geschrieben wird, trotzdem diese die Entlassung viel schwerer trifft wie die Beamten. Der Beamte erhält entweder eine Pension oder eine Abfindungssumme, während der alte Arbeiter nur eine ungenügende Rente aus der Pensionskasse B erhält, die ihn in der jetzigen Zeit nicht im entferntesten vor dem Hunger schützt. Das Reichsverkehrsministerium hat es bisher auch abgelehnt, den langjährig bei der Eisenbahn bediensteten Arbeitern eine Abfindungssumme zu zahlen. Für langjährig treue Dienste entledigt man sich des Danks durch die wenigen Worte: „Für Ihre bisher der Reichsbahn geleisteten Dienste sprechen wir Ihnen den Dank aus!" Festgestellt wurde ferner die Tatsache, daß bei dieser Entlassungsaktion der alte Haß der Verwaltungsbureaukratie gegen die Betriebsvertretungen zum Ausdruck kommt, indem man versucht, bei einer so wichtigen einschneidenden Frage die Betriebs- und Beamtenräte auszuschalten und dabei nicht haltmacht vor wichtigen bisher nicht außer Kraft gesetzten Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes. Die Meinung der Versammelten kam in der nachstehend einstimmig gefaßten Entschließung zum Ausdruck: „Die am 10. Dezember 1923 in den Sophiensälen versammelten, im Deutschen Eisenbahnerverband organisierten Beamten und Arbeiter erheben schärfsten Protest gegen Art und Form der Entlassungsaktion. Die Versammelten verkennen nicht die schlechte Wirtschaftslage der Reichsbahn, betonen jedoch, daß diese hervorgerufen ist durch die unfähige Verwaltungsbureaukratie und durch die Preispolitik der schrankenlos herrschenden Kartelle und Trusts. Sie protestieren dagegen, daß die Entlassungen dazu dienen sollen, die letzten Rechte der Betriebsvertretungen zu beseitigen. Sie erheben vor aller Oeffentlichkeit laut ihre Stimme und fragen: Ist das der Dank für eine langjährige treue Dienstzeit bei meistens schlechter Bezahlung, ist das der Dank des Vaterlandes?" Sie geloben, alles daran zu setzen, ihre Organisation zu stärken, um die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Eisenbahner wieder so zu gestalten, wie es einer auf hoher Kulturstufe stehenden Eisenbahnerschaft entspricht."

---

17. Verwaltungsbezirk · Unterkommission! Morgen, Mittwoch, den 19. Dezember, abends 7 Uhr: Sitzung der Unterkommissions- und Ausschußmitglieder des Arbeitsnachweises im Arbeitsamt, Schreiberhauer Straße 2. Tagesordnung: „Das Arbeitszeitgesetz und die neuen Verordnungen". Referent: Gen. Harnisch.

VSPD.-Buchdrucker (4. Bezirk). Donnerstag, den 20. Dezember, abends 7 Uhr, Zusammenkunft im Lokal von Aug. Sauer, Lichtenberg, Gryphiusstr. 34 (Ecke Simplonstraße). Wichtige Aussprache.

Aus der Partei.

Zum Parteikonflikt in Halle.

In Anwesenheit von Vertretern des Parteivorstandes fand am 17. Dezember d. J. in Halle unter dem Vorsitz des Genossen Ludwig vom Parteivorstand eine mehrstündige Aussprache mit den dortigen Instanzen über die Angelegenheit des politischen Redakteurs des „Volksblattes" statt.

Das Ergebnis war gegen eine Stimme die Annahme folgender Entschließung:

„Die Angelegenheit des leitenden Redakteurs des Halleschen „Volksblattes" wird den Partei- resp. Unterbezirksorganisationen des Verbreitungsgebietes des Halleschen „Volksblattes" überwiesen. Der nächste Bezirksparteitag wird die Angelegenheit endgültig entscheiden."

Die politische Redaktion bleibt bis dahin in Händen des Genossen Schulz. Wie uns berichtet wird, war allerseits das Bestreben vorhanden, den Konflikt nicht nur aus der Welt zu schaffen, sondern auch in loyaler Weise alle noch in bezug auf die Anwendung des Bezirksstatuts vorhandenen Differenzen zu überwinden.

Filmschau.

„Stürme." Die Amerikaner, deren Arbeiten in Kaliforniens prachtvollem Filmklima immer zu Meisterwerken der Technik heranreifen, kommen uns diesmal mit Bildern aus kanadischen Wäldern. Die Handlung der „Stürme" ist sehr einfach. In einer einsamen Hütte geraten zwei Freunde um eine Tochter der Wildnis in Streit, einen sich wieder, und das Mädel bekommt den Verehrer, den es liebt. In den Hauptrollen sieht man so interessante Darsteller, wie Virginia Valli und House Peters. Der Text ist rührend kindlich, die Aufnahmen aber sind von einer wahrhaft entzückenden Klarheit. Man hat die Natur schlechtweg belauscht, und der Zuschauer wird zum stillen Genießer. Es wird ihm ja auch so viel geboten, so sieht er u. a. ein Boot, das sich durch die Stromschnellen kämpft. Als wahre Naturkatastrophe aber wirkt die photographierte Lawine, durch die scheinbar in den Himmel wachsende Bäume geknickt und zermalmt werden. Ebenso sind der Waldbrand und die Flucht der Bedrohten durch das Feuer, wobei die fressenden, alles verzehrenden Flammen koloriert herausgearbeitet wurden, schaurig schön.

In der Alhambra am Kurfürstendamm erlebte außer diesem großen Amerikaner auch noch eine urkomische Fox-Komödie „Der Hundefänger" die Uraufführung. Es ist ein unglaubliches Durcheinander von Menschen und Hunden, und die Sache ist derartig schnell gedreht, daß einem Verstand und Atem vergeht. Deulig bringt erschütternde Aufnahme von der Erdbebenkatastrophe in Japan. e. b.

Die Taifun-Hexe. Ein Spuk im Indischen Ozean nennt sich dieser Film, der im U.T. Kurfürstendamm seine Uraufführung erlebte, im Untertitel. Man macht sich also auf allerlei gefaßt: aber das erwartete Schaudern tritt nicht ein. Man sieht den Apparat, die Illusion bleibt aus. Die großen Mittel, über die der Film verfügt, um das Wunderbare, Märchenhafte, Phantastische wirklich zu machen, sind nicht ausgenützt worden. Alexander v. Antalffy versagt als Manuskriptverfasser wie als Regisseur. Die Hexe, die alle 100 Jahre aus den Tiefen des Indischen Ozeans auftaucht und ein Herz sucht, das sie erlöst, wird als Traumerlebnis einer Nachtgesellschaft vorgeführt. Aber wir erleben das Gespenstisch-Unheimliche nicht mit. Die Hexe läßt uns kalt (assunta avalun), und der Taifun wird nicht Gefahr. Die symbolhaften Menschen — die die Macht, das Geld, den Ruhm und das Herz verkörpern, wirken nebelhaft, und das Schiff, auf dem die Szenen sich abspielen, ist ganz unwahrscheinlich. d.

„Vineta". Die Sage von der versunkenen Wunderstadt gab den Gebr. Alexander den Anreiz zu einem Roman, der dem Regisseur Werner Funck als Anhaltspunkt zu einem Film diente. **(Primuspalast.)** Das Manuskript erscheint ein klein wenig gewaltsam auf den guten Filmschluß konstruiert. Es handelt von zwei aus verschiedenen Ehen stammenden Söhnen einer Fürstin, die eine fanatische politische Verschwörerin ist. Die beiden Söhne lieben ein Mädchen, das zum Schluß der eine ehelichen wird, während der andere, nach einem durch seine Schuld verunglückten Putsch, in selbstmörderischer Absicht vor die Gewehrläufe geht. Die Handlung wächst nicht aus den Seelenzuständen der Personen heraus, aber sie ist sämtlich packend. Und die Hauptdarsteller Stella Arbenina, Ernst Hoffmann, Wladimir Rogoschin, Heinrich Schroth, Emil Rameau, Eugen Rex, Claire Lotto und Ini Eva faßten allesamt ihre Rollen so auf, daß sie nichts verdarben. Der Film ist eine saubere photographische Arbeit. Drei Photographen teilten sich darin und sie arbeiteten lobenswert gut, wenn auch in den ersten Akten die Innenaufnahmen hinter den Außenaufnahmen zurückstanden. Man photographierte Spannung und Stimmung. So bot die Wettfahrt zweier Viererzüge auserlesene Bilder, man genoß ferner den herben Reiz der nordischen Landschaft, bewunderte die sich nie erschöpfende Schönheit der See und bestaunte bei der Verfilmung der auf dem Meeresgrunde klingenden Glocken photographische Artistenstückchen. e. b.

Rückgang der deutschen Filmproduktion. Eine im Archiv der „Lichtbild-Bühne" bearbeitete Statistik, die in dem soeben erschienenen „Jahrbuch" desselben Verlags veröffentlicht wird, ergibt einen ganz außerordentlichen und stetig fortschreitenden Rückgang der deutschen Filmproduktion. Den 550 Produktionen, die es im Jahre 1921 gab, stehen im Jahre 1922 nur 351 gegenüber. Von diesen sind aber 98 solche, die entweder die Produktionen neu aufgenommen oder doch zum mindesten im Jahre 1921 nicht gearbeitet hatten, so daß also von den 550 Firmen nicht weniger als 287 im Jahre 1922 gänzlich still lagen; für das laufende Jahr ist noch mit einem weiteren Fortschritt der Tendenz zu rechnen. Die Erklärung hierfür liegt nicht nur in der Ungunst der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern auch in der Tatsache, daß der Ausfall an Quantität durch eine allgemeine Verbesserung der Qualität ausgeglichen wird.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Georg Andree
Berlin C 25
Prenzlauer Straße 1-2 – am Tor
empfiehlt und versendet aus seinen umfangreichen Lägern
Deutsche Edel-Liköre
Marke Flaco, in elegant ausgestatteten Flaschen
Jede Flasche eine Zierde der Festtafel, ein praktisches Weihnachtsgeschenk und unfehlbarer Treffer!
Jam.-Rum – Arrak – Kognak
und Verschnitte daraus
Deutsche Weinbrände
von ausgezeichneter Qualität schon von 3.— Mk. an
Punsch-Extrakte, Bowlenweine
Rot-, Rhein- u. Moselweine
Alles gut und sehr preiswert
Man verlange Preisliste!

Lebensmittelhaus Osten
Frankfurter Allee
am Ringbahnhof
Billigste Bezugsquelle für Lebens- u. Genußmittel aller Art
Große Auswahl in Weinen und Likören
Zum Weihnachtsfest enorme Preissenkung!
Fernspr. Alex. 1751 u. Alex. 6159

Reste-Handlung
Elsasserstr. 9.
Reste in allen modernen Stoffarten.
!Schlagerpreise!

Inserate im Vorwärts sichern Erfolg!

Für Händler u. Wiederverkäufer!
Baumbehang, Pfefferkuchen, Pfeffernüsse, Joppies, Sahnenbonbons, sowie Milch- u. Zartschokolade billig abzugeben
Keins & Sachs, Pankst. 23
Fernsprecher: Humboldt 443.

Billiger Weihnachts-Verkauf!
Winter-Mäntel in reinwollenem Flausch . . . . M. 15⁵⁰
ferner: in Flausch und Velours de laine . . . M. 17.75—280
Winter-Mäntel in Bibrette-Plüsch . . . . M. 46²⁵
ferner: Astrachan, Plüsch und Seal-Plüsch . . . M. 65—280
Kleider mar. Cheviot in vielen Farben . . . . . . M. 21⁰⁰
ferner: in Cheviot, Crêpe und Gabardine . . . M. 22.50—150
Kostüm-Röcke gestreifter Velours de laine . . M. 16⁵⁰
ferner: in Cheviot, Velours und Gabardine. M. 6.75—27.50
Jumper Kunstseide, handgehäkelt . . . . M. 12⁵⁰
ferner: in glatter und türkischer Kunstseide. M. 14.50—45
Westen reine Wolle, in verschiedenen Farben . . M. 16⁵⁰
ferner: in gestr. u. kariert, auch in Flausch. M. 17.50—49.50
Spezial-Angebot!
Gummi-Mäntel doppelseitig zu tragen, m. Mütze. Aussen imit. Leder, innen Gummi . . . . M. 49⁵⁰
Damen-Confektion „Elegant" Inh. Hermann Perl
Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 46

Liköre
Cognac Weinbrand Winkelhausen***
Rum Jamaica, Jamaica-Verschnitt, Arrac
Mosel-, Rhein-, Bordeaux- und Südweine
Wilh. Hoeck
Likörfabrik und Weingroßhandlung
Charlbg., Wilmersdorfer Straße 149

Achtung! Genossen! 1 Posten Winterulster schwere Ware nur 19 Goldmark soweit Vorrat.
G. Prager, Brunnenstr. 81
3 Min. vom Bahnhof Gesundbr.

TRAURINGE
in jed. Größe u. Qualität stets vorrät. nur bill. Preisberechn.
M. Dinse, Juwelier
Lichtenberg, Frankf. Allee 202
Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichsf.
Teleph. Lichtenberg 3322